

**Kreuzberger Resolution, 11. Februar 2025**

# **Schluss mit dem Kahlschlag!**

Soziale Alternativen  
sind möglich!

Die Haushaltspolitik der schwarz-roten Koalition bedroht die Zukunft Berlins: durch drastische Kürzungen mit sozialer und ökologischer Schieflage, unzureichende Investitionen in die Infrastruktur sowie das Personal und ein verheerendes Chaos im Umgang mit Trägern, Verwaltungen und Institutionen der Stadt. Dies scheint sich mit der Aufstellung des Doppelhaushalts für die Jahr 2026/27 fortzusetzen.

# **Berlin hat eine Zukunft zu verlieren. Eine neue Ära des sinn- und planlosen Kürzens und Sparens kann sich die Stadt nicht leisten. Vom Haushaltsgipfel fordern wir: Stoppt den Kahlschlag!**

## **1. Berlin braucht die Vermögenssteuer!**

Ohne eine gerechte Besteuerung der extrem ungerecht verteilten großen Vermögen lassen sich die öffentliche Armut und der Sanierungsstau nicht beheben. Die Vermögenssteuer steht den Ländern zu und würde direkt dem Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Berlin muss handeln!

## **2. Die Schuldenbremse muss mindestens reformiert, aber besser ganz abgeschafft werden!**

Die Schuldenbremse war und ist ein Fehler! Wir brauchen dringend mehr Investitionen in die Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur, die über Kredite finanziert werden müssen; das fordern nun auch fast alle Ökonom:innen. Wir fordern Kai Wegner auf, seinen Worten endlich sichtbare Taten folgen zu lassen und sich für die Reform der Schuldenbremse einzusetzen.

## **3. Kreditspielräume vollständig ausnutzen!**

Bereits jetzt, unter dem Diktat der Schuldenbremse, kann Berlin Kredite zum Ausgleich konjunktureller Sonderlagen aufnehmen. Schwarz-Rot hat 2024 diese Möglichkeit verstreichen lassen, obwohl hier Kredite in Höhe von fast eine Milliarde Euro möglich gewesen wären. Stattdessen sollte der „Konsolidierungsdruck aufrechterhalten werden.“ (Zitat SPD) Das war unverantwortlich und darf sich nicht wiederholen!

## **4. Berlin muss alle zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten sozial gerecht nutzen!**

Allein die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf das Brandenburger Niveau würde 100 Millionen Euro in die Kasse bringen. Weitere sozial ausgewogene Erhöhungen sind bei der Vergnügungssteuer, der Ausweitung und Erhöhung des Anwohner:innen- und Kurzzeitparkens sowie durch Einführung einer Grundsteuer C zur Besteuerung unbebauter Grundstücke möglich. Share Deals, bei denen Investoren wie Vonovia Berlin um hunderte Millionen Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer prellen, sind abzuschaffen.

## **5. Steuerrückstände konsequent eintreiben!**

Die Stadt verzichtet auf viele Millionen an Einnahmen, weil Personal und Ausstattung bei den Finanzämtern, der Steuerfahndung und im Landeskriminalamt fehlen. Der Fahndungsdruck auf

Steuerrückstände muss erhöht und Steuerrückstände müssen konsequent eingetrieben werden. Gewinne der organisierten Kriminalität und der Finanzkriminalität müssen umfassend abgeschöpft werden!

## **6. Pakt mit den Trägern und geförderten Einrichtungen abschließen!**

Zuwendungs- und entgeltfinanzierte Träger und Einrichtungen im sozialen, kulturellen oder Bildungs- und Erziehungsbereich übernehmen öffentliche Kernaufgaben. Der geringschätzig Umgang mit ihnen im Zuge des Nachtragshaushalts 2025 darf sich nicht wiederholen. Wir fordern einen Pakt, der über mehrere Jahre eine dynamische Mindestfinanzierung und damit Räume, Stellen und Tarife absichert. Dafür braucht es endlich die zugesagte Reform des Zuwendungsrechts!

## **7. Tarifverträge finanzieren und sichern! Ausbildung und Personalentwicklung erhalten!**

Fachkräfte sind die wichtigste Ressource für das Funktionieren und die Entwicklung Berlins. Wer an die Beschäftigungsbedingungen und die Bezahlung die Axt anlegt, reißt langfristige Lücken, die kaum zu schließen sind. Bei Ausbildung und den entsprechenden Studiengängen sowie bei der Refinanzierung der Tarifverträge darf nicht gespart werden! Für die Refinanzierung sind zusätzliche Mittel bereitzustellen, damit die Träger nicht ihr Angebot einschränken müssen, um Tarifierhöhungen an ihre Beschäftigten weiter zu geben.

## **8. Expertise der Stadtgesellschaft nutzen! Haushaltentwicklung nicht ohne die Betroffenen!**

Die Erarbeitung der Kürzungshaushalte in kleinsten Hinterzimmerunden der Koalition hat Chaos ausgelöst und das Vertrauen in die Politik schwer beschädigt. Viele Institutionen und Träger, die von einer langfristig angelegten Haushaltspolitik abhängig sind, wurden vor unlösbare Aufgaben gestellt. Das Herauschieben von Entscheidungen und die Nichtbeteiligung der Menschen dieser Stadt müssen aufhören! Wir fordern ein frühzeitiges und transparentes Einbinden, eine öffentliche Debatte über Prioritäten und Prozesse und breit angelegte Entscheidungsprozesse! Es geht um die Zukunft Berlins!